

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 01.12.2016
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Haushalt 2017	5
2.1 Lesung des Haushaltes 2017 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen	5
2.2 Lesung des Haushaltes 2017 Beratung der Fachausschussempfehlungen einschließlich der Veränderungsliste und ggfs. der Anträge der Fraktionen sowie Beschlussempfehlung an den Rat	13
2.3 Einrichtung eines Arbeitskreises IT	17
3 3. Bericht zur Finanzsituation 2016 zum 25.11.2016 - wird nachgereicht - Vorlage: SFI/0153/2016	17
4 Anträge	17
5 Anfragen	17
5.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 17. November 2016 bez. Grundsteuer B	17
5.2 Netzwerkunterstützung und Support des KRZN	19
6 Bericht der Verwaltung / Beschlusskontrolle	19
7 Termin der nächsten Sitzung: 09. Februar 2016	19
8 Verschiedenes	19
8.1 Audio- bzw. Videoaufzeichnungen der Haushaltsreden	19
8.2 Vergabe der Werbeflächen an Bushaltestellen	19
8.3 Skaterpark	20

8.4	Elternbeiträge Kindertagesbetreuung und Offener Ganztag.....	20
8.5	Sanierung Hallenbad.....	20

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertreterin für Herrn Denecke
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied	Vertreter für Frau Pricken
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied	Vertreter für Herrn Eimer ab 18.55 Uhr
Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied	bis 18.55 Uhr
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied	Vertreter für Frau Dr. Schomberg

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
------------------	--------------

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied	bis 17.12 Uhr, TOP 2.1
--------------------------------	--------------	------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien
Herr Ulrich Mombartz	Vorsitzender Personalrat

Frau Gabriele Parschau
Frau Lea Terstegge
Herr Jürgen Wirtz

Gleichstellungsbeauftragte
Service Finanzen
Bereichsleiter Zentrale Dienste

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke
Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied
Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg

Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es ergibt sich keine Fragestellung.

2 Haushalt 2017

2.1 Lesung des Haushaltes 2017

Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Vorgehensweise bei den folgenden Haushaltsberatungen und weist auf die Veränderungsliste hin. Sie weist zusätzlich darauf hin, dass der mögliche Beschluss von pauschalen Kürzungen auch für den gesamten Finanzplanungszeitraum gelte, sofern nicht etwas anderes beantragt werde.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss bezieht die Veränderungsliste in die Beratungen ein.

Beratung der Produkte

Produktbereich 010, Innere Verwaltung S. 57:

010 111 010 Rat u. Ausschüsse, Fraktionen, Integrationsrat, S. 63

Antrag des Integrationsrates

500 € als Mitgliedsbeitrag für Teilnahme an der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus

010.111.010 54310000 2017 – 2020 je +500 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

010 111 020 Verwaltungsleitung, S. 69

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

010 111 030 Gleichstellung, S. 73

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

010 111 040 Öffentlichkeitsarbeit / Stadtmarketing, S. 75

Antrag der FDP

Bühnenprogramm und Werbung Winterwelt streichen

010.111.040 54310000 2017 – 2020 je -6.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten	1		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	14	0

Anträge der FDP und der UWG werden zusammengefasst

Verkauf von Meerbusch-Artikeln streichen

010.111.040 54310000 2017 – 2020 je -9.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	1	1	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	15	0

Antrag der FDP

Ansatz für Druckversion des Stadtkalenders streichen

010.111.040 54310000 2017 – 2020 je -11.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten	1		
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	15	0

Antrag der FDP
 Aufwendungen für Rathausgartenfest
 010.111.040 54310000 2017 -3.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

010 111 050 Beschäftigtenvertretung, S. 79
 Es ergibt sich keine Wortmeldung.

010 111 060 Prüfung und Beratung, S.81
 Es ergibt sich keine Wortmeldung.

010 111 070 Zentrale Leistungen, Organisation und Stadtarchiv, S. 85

Antrag der FDP
 Geschäftsaufwendungen pauschal um 10 % reduzieren
 010.111.070 54310000 2017 - 2019 je -26.900 € und 2020 -25.500 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

010 111 090 Personalwirtschaft und -entwicklung, S. 105

Antrag der UWG

50.000 € für externe Beratung zur Erstellung Personalentwicklungskonzept

010.111.090 54290000 2017 +50.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf das bestehende Personal- und Organisationsentwicklungskonzept, dessen Neufassung in diesem Ausschuss vorgestellt wurde, und die bestehenden Fluktuationslisten, die regelmäßig fortgeschrieben werden. Insgesamt stehe die Verwaltung mit diesem Konzept im Vergleich mit anderen Städten gut da.

Ratsfrau Glasmacher erläutert den Antrag ihrer Fraktion, der von der FDP-Fraktion unterstützt wird. Ratsherr Damblon verweist darauf, dass Personalentwicklung Dauerthema in den Beratungen des Ausschusses sei und bereits durch die Umsetzung einer Erstfassung eines Personalentwicklungskonzeptes im Jahr 2004 finanzielle Erfolge erreicht werden konnten, die jetzt noch positiv nachwirken.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes weist auf einen in der Vergangenheit gestellten ähnlichen Antrag der SPD-Fraktion hin. Zwar halte sie die Zielsetzung des aktuellen Antrags für richtig, doch sollten zunächst die Ergebnisse des bestehenden Konzeptes der Verwaltung abgewartet werden. Pauschale Personaleinsparungen seien nicht sinnvoll. Hier sei eine Prüfung in jedem Einzelfall erforderlich.

010 111 100 Finanzmanagement, S. 111

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

010 111 110 Geschäftsbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Vollstreckung, S. 115

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

010 111 120 Service DV-Management/Telekommunikation, S. 119

Antrag der FDP

Geschäftsaufwendungen pauschal um 10 % reduzieren

010.111.070 54310000 2017 - 2020 je -180.450 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

Ratsherr Rettig erläutert den Antrag seiner Fraktion, in dem es neben einer Reduzierung der Haushaltsmittel um die Frage einer regelmäßigen Beschäftigung mit den Kosten der Datenverarbeitung gehe. Dies solle im Rahmen eines bereits seit längerem geplanten Arbeitskreises erfolgen.

Ratsherr Becker schließt sich dieser Forderung an.

Antrag der FDP

Anschaffungen von beweglichem Vermögen über 410 €

7.01010001.715.001 78310000 2017 - 2020 je -118.500 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

010 111 130 Rechts- und Schadensangelegenheiten, Datenschutz, S.129

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

010 111 140 Technisches Gebäudemanagement, S. 133

Antrag der FDP

Größere Instandsetzungsmaßnahmen pauschal um 10 % jedes Jahr reduzieren

010.111.140 52152000 2017 -190.500 €

010.111.140 52152000 2018 -189.000 €

010.111.140 52152000 2019 -187.400 €

010.111.140 52152000 2020 -128.400 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

Vorschlag der Verwaltung

Erhöhung des Ansatzes für das Feuerwehrgerätehaus Büderich um 175.000 € für 2017
7.01012095.710.001 78510000 2017 +175.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
FDP		2	
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
Linke/Piraten	1		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16	2	0

Herr Klein erläutert die Gründe für die Mehrkosten beim Um- bzw. Neubau des Feuerwehrgerätehauses Büderich und beantwortet gemeinsam mit Technischem Beigeordneten Assenmacher Nachfragen von Ratsherrn Gabernig zu Möglichkeiten zum Erwerb des Nachbargrundstücks und einer damit verbunden Überarbeitung der Planung.

Antrag der SPD-Fraktion

200.000 € mehr für Eingangsbereich Theater am Wasserturm / Überdachung
7.01012105 78510000 2017 + 200.000 €

Her Klein erläutert den derzeitigen Sachstand. Danach prüfe die Verwaltung derzeit mit einem Planungsbüro verschiedene Möglichkeiten. Auch wenn hier nach Vorstellung des Prüfungsergebnisses eine konkrete Maßnahme umgesetzt werden solle, könne dies noch nicht im Jahr 2017 erfolgen. Insofern würden noch keine Haushaltsmittel benötigt.

Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen.

010 111 150 Kaufm. Gebäudemanagement, S. 143

Vorschlag der Verwaltung

Erhöhung der Versicherungsbeiträge für Flüchtlingsunterkünfte mit wechselnden Belegungen um 42.300 €
010.111.150 52410000 2017 – 2020 je +42.300 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 020, Sicherheit und Ordnung, S. 155**020 122 010 Öffentliche Sicherheit und Ordnung, S. 161**

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

020 122 030 Bürgerservice und Wahlen, S. 165

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

020 122 040 Personenstandswesen, S. 169**Antrag der FDP**

Anschaffungen von beweglichem Vermögen über und unter 410 € für das Standesamt

7.02002001.715.001 78310000 2017 -12.000 €

7.02002001.720.001 78320000 2017 -2.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	2	16	0

020 126 010 Feuerschutz, S. 175

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 150, Wirtschaft und Tourismus, S. 641**150 571 010 Wirtschaftsförderung, S. 647****Antrag der FDP**

Geschäftsaufwendungen für Blickpunkt Wirtschaft um 7.000 € kürzen

150.571.010 54310000 2017 - 2020 -7.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP	2		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	14	0

Ratsherr Damblon lehnt den Antrag ab und verweist darauf, dass die Mittel der Wirtschaftsförderung im Vergleich zu anderen Städten bereits knapp bemessen seien. Eine weitere Kürzung der Werbemöglichkeiten sei kontraproduktiv.

150 573 010 Kommunale Beteiligungen, S.655

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

150 573 020 Märkte, S. 659

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 160, Allgemeine Finanzwirtschaft, S. 663**160 411 010 Krankenhäuser, S. 669**

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

160 611 010 Allgemeine Finanzwirtschaft, S. 675

Die folgenden Vorschläge der Verwaltung wurden zur Kenntnis genommen:

Erhöhung des Ansatzes der Grundsteuer B für 2017 um 190.000 €

160.611.010 40120000 2017 +190.000 €

Erhöhung des Ansatzes des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für 2019 um 2.000.600 € und für 2020 um 2.000.100 €

160.611.010 40210000 2019 +2.000.600 €

160.611.010 40210000 2020 +2.000.100 €

Reduzierung des Ansatzes für Finanzierungsbeteiligung Fonds deutsche Einheit auf Grund geänderter gesetzlicher Vorgaben für 2017 um 32.000 €, 2018 um 33.000 € und 2019 um 34.000 €

160.611.010 53420000 2017 - 32.000 €

160.611.010 53420000 2018 - 33.000 €

160.611.010 53420000 2019 - 34.000 €

Reduzierung des Ansatzes für die Investitionszuschüsse für 2017 – 2020 um jeweils 29.200 €

7.16001003 68111000 2017 – 2020 - 29.200 €

160 612 010 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft, S. 685

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Empfehlungsbeschluss an den Rat

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltsansätze der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte im Rahmen Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
FDP		2	
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
Linke/Piraten	1		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16	2	0

2.2 Lesung des Haushaltes 2017

Beratung der Fachausschussempfehlungen einschließlich der Veränderungsliste und ggfs. der Anträge der Fraktionen sowie Beschlussempfehlung an den Rat

Die Veränderungsliste mit den Beschlüssen der Fachausschüsse sowie die Liste der Sperrvermerke werden in die Beratungen einbezogen.

Produktbereich 010, Innere Verwaltung, S. 57

Produkt 010.111.080 Serviceleistungen Baubetriebshof, S. 91

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einstellung von Planungskosten in Höhe von 5.000 € für eine Tartanbahn auf der Sportanlage Krähenacker wurde im Sportausschuss abgelehnt und ist damit bereits abschließend behandelt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bittet an dieser Stelle die Verwaltung jedoch darum, möglichst bald einen Sportstättenbedarfsplan zu entwickeln.

Dies wird zugesagt.

Produkt 010.111.160 Grundstücksverkehr, S. 149

Die folgenden Vorschläge der Verwaltung wurden zur Kenntnis genommen:

Erhöhung des Ansatz für die Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken um 400.000 €

010.111.160 45410000 +400.000 €

Erhöhung des Ansatz für die Veräußerung von Grundstücken im Bereich Alter Bauhof um 400.000 €

7.01014012.775.001 68210000 +400.000 €

Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung, S. 155

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben, S. 183

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft, S. 277

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 050 Soziale Leistungen, S. 317

Produkt 050.331.010 Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege, S. 355

Antrag der SPD

Erhöhung des Ansatzes auf den Ansatz von 2016

050.331.010 53180000 für 2017 - 2020 jeweils +30.600 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP		2	
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Linke/Piraten	1		
Die Aktiven	-	-	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	13	0

Produkt 050.351.010 Sonstige soziale Leistungen, S. 367

Antrag der Fraktion Die Linken und Piraten

Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels

050.351.010 54290000 für 2017 und 2019 jeweils +30.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
FDP		2	
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen		1	1
Linke/Piraten	1		
Die Aktiven	-	-	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	12	1

Ratsherr Beckererläutert den Antrag seiner Fraktion. In Zusammenarbeit mit anderen Kommunen könne auch ein Mietspiegel auf Kreisebene erarbeitet werden.

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass derzeit der Entwurf eines Mietenpreisspiegels erarbeitet werde, der dann jedoch als einfacher Spiegel anzusehen sei. Eine Erarbeitung eines qualifizierten Spiegels sei derzeit nicht möglich, aber auch nicht vorgeschrieben. Er weist zusätzlich darauf hin, dass auch ein qualifizierter Mietenpreisspiegel rechtlich nicht verbindlich sei.

Produktbereich 060 Kinder, Jugend- / Familienhilfe, S. 371

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 080 Sportförderung, S. 433

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, GEOINFO, S. 453

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 100 Bauen und Wohnen, S. 471

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung, S. 491

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 120 Verkehrsflächen/- anlagen, ÖPNV, S, 529

Produkt 120.546.010 Parkraumbewirtschaftung S. 587

Antrag der CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Erhöhung des Ansatzes 2017 um 5.000 € für gutachterliche Stellungnahme zur Umsetzung der Parkgebühren auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz

120.546.010 54290000 2017 +5.000 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
FDP		2	
SPD	1		2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven	-	-	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	12	3	2

Ratsherr Damblon erläutert den Antrag seiner Fraktion. Es gehe nunmehr darum, zu untersuchen, welche konkrete Form der Parkraumbewirtschaftung auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz umgesetzt werden sollte.

Produkt 120.547.010 ÖPNV, S. 593

Antrag der CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag zur Linienplanung bzgl. voraussichtliche Aufwendungen für A44-Bus wird dahingehend geändert, dass für den Haltestellenneubau investiv 150.000 € für 2018 und als VE 2018 eingeplant werden sollen.

7.12001021.710.001 78530000 2018 und VE 2018 +150.000 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege, S. 599

Produkt 130.555.010 Wirtschaftswege, S. 623

Antrag der CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Streichung der Maßnahmen 7.13055513 Sanierung Wirtschaftsweg Vorstenberg und 7. 13055514 Sanierung Wirtschaftsweg Talweg

7.13055513.710.001 78521000 -85.000 €

7.13055514.710.001 78521000 -20.000 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 140 Umweltschutz, S. 629

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 150 Wirtschaft und Tourismus, S. 641

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft, S. 663

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Produktbereich 170 Stiftungen, S. 689

Es ergibt sich keine Wortmeldung.

Die **Haushaltssatzung 2017** einschließlich beschlossener Veränderungen samt Anlagen wird dem Rat in der nunmehr vorliegenden Fassung zur Beschlussfassung **gem. § 80 Abs. 4 GO NRW** empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
FDP		2	
Linke/Piraten		1	
Die Aktiven	-	-	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	11	6	0

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bittet beziehend auf die Beratung im Schulausschuss um ein Konzept für die Verwendung der Landesgelder „Gute Schule 2020“.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die Stadt Meerbusch im Gegensatz zu anderen Kommunen jährlich erhebliche Mittel für die Sanierung und Modernisierung der Schulen und der Erneuerung von Technik aufwende.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert hierzu ebenfalls, dass die Verwaltung in diesem Bereich die Beschlüsse des Schulausschusses umsetze, eine Zusage für die Erstellung eines Konzeptes zur Verwendung der Mittel aber nicht gegeben habe.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes verweist auf ein Treffen der Schulleiter am 02.12.2016 zur Koordination der Schülerzahlen und der Abfrage des Bedarfs nach OGS-Plätzen. Sie bittet in diesem Zusammenhang um Auskunft, ob dies u.U. Auswirkungen auf die entsprechenden Haushaltsansätze habe.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage und Erster Beigeordneter Maatz berichten, dass die Raumsituation und die Nachfrage an den einzelnen Schulen sehr unterschiedlich sei. Nach derzeitigem Stand sei nicht mit Auswirkungen auf den städtischen Haushalt zu rechnen.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes bittet hierzu um weitere Berichterstattung in der nächsten Ratsitzung. Sie kritisiert weiter den Wegfall der Förderung des Ehrenamtforums durch die Stadt und beantragt die Fortführung der Förderung in alter Form.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
FDP		2	
Linke/Piraten	1		
Die Aktiven	-	-	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	13	0

2.3 Einrichtung eines Arbeitskreises IT

Auf Antrag von Ratsherrn Rettig wird einstimmig beschlossen, einen Arbeitskreis IT einzurichten.

3 3. Bericht zur Finanzsituation 2016 zum 25.11.2016 - wird nachgereicht - Vorlage: SFI/0153/2016

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Fiebig erläutert in Kürze die dargestellte Situation zu den einzelnen Einnahmen und Ausgaben. Insgesamt erwarte er, dass das Haushaltsdefizit für das Jahr 2016 im Ergebnis rd. 3,9 Mio Euro betragen werde.

4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5 Anfragen

5.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 17. November 2016 bez. Grundsteuer B

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt mit Einverständnis von Ratsherrn Müller im Rahmen der Niederschrift wie folgt:

Frage 1: Wie viele Fälle von bisher nicht angemeldeten aber inzwischen vollendeten Hausobjekten sind Ihnen bekannt, bei denen die Immobilienbesitzer noch nicht die Grundsteuer B bezahlt haben.

Es erfolgte eine Auswertung aus dem Gesamtbestand der Grundsteuer B - Veranlagungsfälle, mit dem Filter: unbebautes Grundstück, aber weitere Abgabe (Abfall oder Niederschlagswasser) auf der gleichen Lage.

Es wurden 438 Fälle aufgelistet, bei denen das Objekt als unbebaut registriert ist, aber eine weitere Abgabe vorhanden ist.

Frage 2: Warum besteht bzw. bestand bisher keine entsprechend notwendige Kommunikation zwischen den städtischen Abteilungen bzw. der WBM? Die Abteilungen Abfall-, Wasser- und Stromwirtschaft hätten Veränderungen wissen und entsprechend kommuniziert weiter melden müssen, wenn z.B. ein Bauherr plötzlich eine Mülltonne benötigt oder eine Gasleitung gelegt wird.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen besteht kein Austausch zwischen der wbm (Wasser- und Stromwirtschaft) und dem Service Finanzen.

Es ist üblich, dass nach Einzug in einen Neubau eine Mülltonne beantragt wird, ohne dass zu dem Zeitpunkt ein neuer Steuermessbescheid des FA vorliegt. Da sich aus gesetzlichen Regelungen eine Automatik ergibt, gab es keinen Anlass für Aktivitäten in Einzelfällen.

Frage 3: Wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass so etwas nicht mehr passieren kann?

Das Bürokratieabbaugesetz hat die Möglichkeit der genehmigungsfreien Bauvorhaben geschaffen. Diese Bauvorhaben sind nur anzeigepflichtig. Wenn Bauherren nach Fertigstellung des Gebäudes die Fertigstellung nicht anzeigen, unterbleibt als logische Folge der gesetzlichen Regelung eine Information des Finanzamtes.

Der Landtag beschäftigt sich z.Zt. mit einer Anpassung der Bestimmungen der LBauO.

Frage 4: Wie weit liegt der längste bisher nicht angemeldete Grundsteuerfall zurück?

Der längste Fall liegt 10 Jahre (2006) zurück, der Fall wurde nachveranlagt.

Die Wert-/ Artfortschreibung wurde zum 01.01.2006 vollzogen, die Zurechnungsfortschreibung zum 01.01.2014. Die Bescheide des FA sind bestandskräftig.

Frage 5: Wie viele Fälle sind der Verwaltung derzeit bekannt?

Wurde bei Frage 1 beantwortet: 438.

Frage 6: Können Sie heute schon von verjährten Fällen sprechen? Wenn ja über wie viele und beziffern Sie bitte den bisher eventuell entstandenen Schaden.

Das Finanzamt entscheidet grundsätzlich über die sachliche und persönliche Steuerpflicht sowie den Besteuerungs- bzw. Erhebungszeitraum.

Inwieweit das Finanzamt Verjährung im Einzelfall berücksichtigt hat, bekommt die Stadt nicht mitgeteilt. Sie erhält lediglich einen Datenträgeraustausch, auf dem das Aktenzeichen, die Feststellungsart (Wert-/Art-/Zurechnungsfortschreibung oder Kombination dieser), Grundstücksart, Besitzverhältnis, Einheitswert, Messbetrag, Lage, Alt- und ggfls. Neueigentümerdaten und Veranlagungszeitpunkt ersichtlich sind. Es werden keine Ausführungen zur Verjährung übermittelt.

Frage 7: Können Sie die Forderungshöhe an nachträglich nachzuzahlender Grundsteuer B bereits nennen?

Aktuell sind von den 438 Fällen 23 durch das Finanzamt bearbeitet. Eine Prognose ist nicht möglich.

Frage 8: Es handelt sich bei Steuern um eine Solidarabgabe. Bei Nichtanmeldung bzw. Nichtzahlung wird nicht die Stadtverwaltung geschädigt, sondern alle Bürger unserer Stadt. Die entsprechende Nichtanmeldung ist strafrechtlich eine Ordnungswidrigkeit und muss sanktioniert werden. Wie gehen Sie damit um?

Die Steuererklärung ist beim Finanzamt abzugeben. Somit ist auch das Finanzamt für evtl. Sanktionen zuständig.

Ansonsten ist organisatorisch in Zusammenarbeit mit dem Finanzamt und der Bauaufsicht sichergestellt, dass es zu einer zeitnäheren Veranlagung kommt.

5.2 Netzwerkunterstützung und Support des KRZN

Unter Hinweis auf die letzte Sitzung des Schulausschusses bittet Ratsherr Rettig um Durchführung einer Prüfung, inwieweit die mit dem KRZN in Kamp-Lintfort vereinbarten Leistungen in den Schulen erbracht würden. Nach seiner Information herrsche hier große Unzufriedenheit.

Es besteht Einigkeit, dass er Herrn Ersten Beigeordneten Maatz auf konkrete Mängel ansprechen solle und diese dann geprüft werden.

6 Bericht der Verwaltung / Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ergänzt, dass die Verwaltung den Entwurf eines Kennzahlensystems im 1. Halbjahr 2017 vorstellen werde und verweist in diesem Zusammenhang auf eine Nachfrage der Rheinischen Post Viersen auf eine dortige Anfrage der FDP Viersen, in der bereits die jetzige Darstellung von Kennzahlen im Haushalt der Stadt Meerbusch gelobt werde.

7 Termin der nächsten Sitzung: 09. Februar 2016

Die nächste Sitzung findet am 9. Februar 2017 statt.

8 Verschiedenes

8.1 Audio- bzw. Videoaufzeichnungen der Haushaltsreden

Ratsherr Becker regt an, die Haushaltsreden auch durch Audio- oder Videoaufzeichnungen dokumentieren zu können. Dies wird von den übrigen Ausschussmitgliedern als zu aufwändig angesehen.

8.2 Vergabe der Werbeflächen an Bushaltestellen

Ratsherr Becker kritisiert die Antwort der Verwaltung auf seine Initiative zur besseren Vermarktung der Werbeflächen an Bushaltestellen.

8.3 Skaterpark

Ratsfrau Glasmacher bedauert, dass für den Skaterpark in der Nähe des Baubetriebshofes bisher nur wenige Spenden durch die Initiative der Jugendlichen gesammelt werden konnten. Sie regt daher an, die Werbeflächen an den Bushaltestellen zu nutzen, um auf dieses Projekt in stärkerer Form aufmerksam zu machen.

8.4 Elternbeiträge Kindertagesbetreuung und Offener Ganzttag

Ratsherr Peters bittet darum, das aufbereitete Zahlenwerk zur Ermittlung der Elternbeiträge möglichst frühzeitig vor der Beratung im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss an die Fraktionen zu übermitteln.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sagt eine solche Übermittlung zu. Eine Beratung könne voraussichtlich im Februar 2017 in den Ausschüssen erfolgen. U.U. sei auch eine gemeinsame Sitzung möglich. In dieser Zeitfolge sei dann ausreichend Zeit, die Beitragsumstellung zum 01.08.2017 zu vollziehen.

8.5 Sanierung Hallenbad

Auf Anfrage von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes zum Sachstand der Sanierung des Hallenbades berichtet Herr Klein, dass derzeit sowohl die Arbeiten als auch die Kosten im Plan liegen.

Meerbusch, den 12. Dezember 2016

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in